



Institut für Föderalismus  
Institut du Fédéralisme  
Institute of Federalism

Universität Freiburg  
Institut für Föderalismus  
Av. Beauregard 1  
CH – 1700 Freiburg

## Kantonale Volksabstimmungen vom 12. Februar 2017

### *Die Ergebnisse*

## Les votations cantonales du 12 février 2017

### *Les résultats*

---

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

## Übersicht / Aperçu

---

### Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



**AG:** Volksinitiative «Chancen für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut»



**BS:** Grossratsbeschluss betreffend Änderung der Kantonsverfassung (Aufhebung des Quorums [Sperrklausel] für die Zuteilung von Sitzen bei der Wahl des Grossen Rates)



**TI:** Protezione giuridica degli animali (Introduzione nuova lett. n all'articolo 14 capoverso 1 della Costituzione cantonale)



**TG:** Gegenvorschlag des Grossen Rates zur Volksinitiative «Ja zu einer intakten Thurgauer Kulturlandschaft» (Änderung von § 77 der Kantonsverfassung)

**Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :**



**AG:** Gesetz über den Ausgleich der Aufgabenverschiebungsbilanz sowie über die Übergangsbeiträge (AVBiG) (Fak.)



**AG:** Gesetz über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz, FiAG) (Fak.)



**TI:** Riduzione dei giudici dei provvedimenti coercitivi (fac.)



**TI:** Finanziamento delle prestazioni di assistenza e cura a domicilio (fac.)



**TI:** Soglie per alcune prestazioni sociali (fac.)



**VD:** Loi du 10 mai 2016 sur la préservation et la promotion du parc locatif (LPPPL) (Fac.)

**Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :**



**AG:** Aargauische Volksinitiative «JA zu einer guten Bildung – NEIN zum Lehrplan 21»



**AG:** Aargauische Volksinitiative «Arbeit und Weiterbildung für alle!»



**NE:** Initiative législative populaire cantonale « Pour deux hôpitaux sûrs, autonomes et complémentaires »  
et

Contre-projet du Grand Conseil sous forme d'un décret portant approbation de la réorganisation spatiale de l'Hôpital neuchâtelois (Établissement hospitalier multisite cantonal)  
**Selon la question subsidiaire, c'est l'initiative qui est acceptée**



**SZ: Volksinitiative «Ja zu einer gerechten Dividendenbesteuerung»**



**SZ: Volksinitiative «Ja zu einer gerechten Steuerentlastung»**

## Finanzreferendum / Référendum financier :



**BS: Grossratsbeschluss betreffend «Kasernenhauptbau: Gesamtanierung und Umbau zum Kultur- und Kreativzentrum» (CHF 47 Mio.)**



**GR: Beschluss des Grossen Rates betreffend Gewährung eines Verpflichtungskredits von brutto 25 Millionen Franken für die Kandidatur um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026**

## Im Detail / Dans le détail

### AG



#### Optimierung der Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden und Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden (zwei Abstimmungsvorlagen)

Nach Ansicht der Kantonsbehörden können die öffentlichen Aufgaben nur durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden gemeistert werden. Zwei wichtige Voraussetzungen dafür sind die richtige *Aufteilung der Aufgaben* zwischen Kanton und Gemeinden sowie ein fairer und transparenter *Finanzausgleich* zwischen den Gemeinden.

Im Kanton AG sind Aufgabenerfüllung und Finanzierungspflichten zwischen Kanton und Gemeinden weitgehend sachgerecht aufgeteilt. In einigen Bereichen wurde allerdings Verbesserungspotential ausgemacht. Die Kantonsbehörden verweisen dabei insbesondere auf den Finanzausgleich zwischen den Aargauer Gemeinden. Die darin festgelegten Zahlungen seien insbesondere in Bezug auf die Selektion der berücksichtigten Kosten schwer nachvollziehbar und vom Parlament unzureichend beeinflussbar. Dies führe zu einer Ungleichbehandlung von finanzschwachen Gemeinden.

Mit je einem neuen Gesetz soll *einerseits* die Aufgabenteilung weiter optimiert und *andererseits* der Finanzausgleich neu ausgerichtet werden. Gegen beide Gesetze ist das Referendum ergriffen worden. Die Kantonsbehörden informieren, dass beide Regelungsbereiche inhaltlich eng miteinander verknüpft sind. Die Neuregelungen könnten daher nur in Kraft treten, wenn beide Gesetze Zustimmung finden.

## 1. Gesetz über den Ausgleich der Aufgabenverschiebungsbilanz sowie über die Übergangsbeiträge vom 1. März 2016 (AVBiG)

Stimmbeteiligung:

JA (57.2%)  
41.96%

Dem Gesetzesvorschlag liegt die Maxime zugrunde, dass Gestaltung, Vollzug und Finanzierung einer Aufgabe nach Möglichkeit auf der gleichen Ebene liegen sollen. Eine reine Verbundfinanzierung (Mitfinanzierung ohne Mitgestaltungsmöglichkeit) gelte es deshalb zu vermeiden.

Um die Umsetzung dieser Grundsätze zu verbessern, sind – neben kleineren Anpassungen – folgende Änderungen an der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden vorgesehen:

- Im Zusammenhang mit der Verschiebung der Spitalfinanzierung von den Gemeinden zum Kanton war 2014 die Übergangslösung eingeführt worden, dass die Gemeinden einen Zuschlag auf ihre Beiträge an den Personalaufwand der Volksschule leisten. Diese Regelung soll aufgehoben werden.
- Die Finanzierung der materiellen Sozialhilfe sowie die Kosten für nicht bezahlte Krankenkassenprämien sollen vollumfänglich den Gemeinden angelastet werden.
- Der Kanton übernimmt im Gegenzug die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

### Informationen zum geplanten Ausgleichsmechanismus

Eine Gegenüberstellung der geplanten Massnahmen zeigt auf, dass – mit einer Differenz von rund CHF 41 Mio. – mehr Lasten von den Gemeinden auf den Kanton übertragen werden als in umgekehrter Richtung. Ein Ausgleich soll daher über einen Steuerfussabtausch erfolgen: der Kantonssteuerfuss für natürliche Personen soll um drei Prozentpunkte erhöht, während die Gemeindesteuerfüsse um drei Prozentpunkte gesenkt werden. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass den Gemeinden Finanzautonomie zukommt, weshalb sie vom Kanton nicht zu einer Steuersenkung verpflichtet werden können.

Das Gesetz sieht deshalb vor, dass der Gemeinderat auf der Grundlage einer Gesamtschätzung der Finanzlage beantragen kann, den Steuerfuss zu senken, unverändert zu lassen oder diesen gar zu erhöhen. Deshalb wird den Gemeindebehörden vorgeschrieben, transparent und offen darzulegen, wie sich der Steuerfussabtausch auf die Steuerbelastung auswirkt.

Eine *Minderheit im Grossen Rat* lehnt diese Vorlage, wie auch das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden (siehe 2.), ab. Zwar finden die vorgeschlagenen Lastenverschiebungen Zustimmung, der Ausgleichsmechanismus über einen Steuerfussabtausch wird jedoch kritisiert. Insgesamt erachtet die Kantonsratsminderheit die vorgeschlagene Gesamtlösung als unausgewogen und die finanziellen Veränderungen im Vergleich zum Status quo als zu gross.

Das *Referendumskomitee* führt an, dass der Steuerfussabtausch nicht funktionstüchtig sei. Da die finanziellen Lasten für die Gemeinden tendenziell stiegen, sei es wahrscheinlich, dass viele Gemeinden keine Senkung ihres Steuerfusses beschliessen würden. Daher ergäbe sich eine Mehrbelastung für die meisten Steuerpflichtigen und das Gewerbe, was die Konkurrenzfähigkeit des Kantons gegenüber den Nachbarkantonen untergrabe.

## 2. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden

vom 1. März 2016 (Finanzausgleichsgesetz, FiAG)

Stimmbeteiligung:

JA (57.5%)

42.13%

Im vorgelegten Gesetz ist ein Finanzausgleich vorgesehen, welcher aus einem Ressourcen- und einem Lastenausgleich besteht. Hauptbestandteil des Ressourcenausgleichs bildet dabei der Steuerkraftausgleich. Neben den sich daraus ergebenden direkten Transfers von finanzstarken zu finanzschwachen Gemeinden sind sogenannte Mindestausstattungsbeiträge vorgesehen. Mit diesen soll sichergestellt werden, dass finanzschwache Gemeinden eine Finanzkraft von 84% des kantonalen Durchschnitts erreichen.

Aus dem *Lastenausgleich* sollen Gemeinden unterstützt werden, die aufgrund ihrer strukturellen Rahmenbedingungen in gewissen Aufgabenbereichen mit überdurchschnittlich hohen Kosten konfrontiert sind. Berücksichtigt würden dabei Sonderlasten in den Bereichen Bildung (z.B. grosse Zahl an Volksschülerinnen und Volksschüler), Soziales (z.B. hohe Sozialhilfequote) sowie räumliche Nachteile (z.B. grosse Nicht-Siedlungsfläche).

Darüber hinaus erhielten diejenigen Gemeinden *Ergänzungsbeiträge*, welche trotz Finanzausgleich ihre Gemeinderechnung nur dann ausgeglichen gestalten können, wenn sie einen Steuerfuss festsetzen, der um mehr als 25 Prozentpunkte höher ist als der kantonale Mittelwert. Nach Auskunft der Kantonsbehörden liegt für viele finanzschwache Gemeinden hierin ein entscheidender Vorteil der neuen gegenüber der bisherigen Regelung: Diese Gemeinden hätten die Sicherheit, dass auch bei einer weiteren Verschlechterung ihrer Finanzlage der Steuerfuss nicht über die gesetzlich vorgesehene Begrenzung hinaus erhöht werden muss.

Das Referendumskomitee befürchtet negative Auswirkungen durch das vorgeschlagene Gesetz. Es fehlten Anreize zur Vermeidung von Kostensteigerungen und durch die Unausgewogenheit des Gesetzes sei ein Fusionszwang für kleine Gemeinden zu erwarten. Es wird kritisiert, dass der Gesetzesvorschlag zu einer Umverteilung führe, welche Gemeinden mit «selbstverschuldeten» strukturellen Problemen übervorteile.

## 3. Aargauische Volksinitiative «JA zu einer guten Bildung

– NEIN zum Lehrplan 21»

Stimmbeteiligung:

NEIN (69.52%)

42.40%

Ziel der Initiative ist es, den heute geltenden § 13 des Schulgesetzes<sup>1</sup> vollständig zu ersetzen. Dazu hat das Initiativkomitee einen Gesetzestext mit folgendem Inhalt ausgearbeitet: Für den Kindergarten ist ein separater Rahmenlehrplan zu erstellen, die Schulfächer für die Primarstufe und für die Oberstufe werden abschliessend aufgezählt und der Lehrplan ist nach Jahrgangsziele zu gestalten.

Die Kantonsbehörden informieren, dass im Vergleich zur heutigen Regelung markante Änderungen vorgenommen werden müssten.

Eine Annahme des vorgelegten Gesetzestextes verhindert indes nicht, dass der Deutschschweizer Lehrplan 21 als Vorlage für einen neuen Aargauer Lehrplan dient, da nach Ansicht der Gegnerinnen und Gegner der Initiative die Harmonisierungsziele dennoch berücksichtigt werden können. Insofern sei der Titel der Volksinitiative irreführend. Die weiteren Kritikpunkte lauten wie folgt:

- Gemäss des vom Initiativkomitee ausgearbeiteten Gesetzestexts muss der Regierungsrat einen Rahmenlehrplan für den Kindergarten erlassen. Da dieser nicht direkt auf den Unterricht

<sup>1</sup> Schulgesetz vom 17.03.1981; SAR 401.100.

angewendet werden könne, hätten die Schulen vor Ort eigene Detaillehrpläne für ihre Kindergärten zu erarbeiten.

- Für die Primar- und die Oberstufe muss ein Lehrplan erarbeitet werden, der die fortan im Gesetz abschliessend definierten Fächer umfasst. Dabei ist auf Primarstufe der Unterricht in neu nur noch einer Fremdsprache vorgesehen. Die gesetzliche Definition der Unterrichtsfächer führe dazu, dass wichtige andere Themenbereiche wie Technik, Informatik und Medien, berufliche Orientierung oder Wirtschaft nicht eingeführt werden könnten.
- Die Vorgabe von Jahreszielen reduzierte die Flexibilität der Schule vor Ort und die Freiheit der Lehrpersonen. Insbesondere verunmögliche dies mehrklassigen Unterricht, der namentlich in kleineren Schulen notwendig sei.
- Um die Anliegen der Initiative verwirklichen zu können, müssten für einen Teil der Fächer speziell auf den Kanton AG zugeschnittene Lehrmittel erarbeitet werden. Ebenso sei eine auf diese Fächer zugeschnittene Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen notwendig.

Die Unterstützerinnen und Unterstützer geben an, sich mit der Initiative gegen die Einführung des Lehrplans 21 und für eine offene, demokratische Diskussion einzusetzen.

#### 4. Aargauische Volksinitiative «Arbeit und Weiterbildung für alle!» **NEIN (70.65%)** **Stimmbeteiligung: 42.19%**

**Die als ausgearbeiteter Entwurf abgefasste Initiative will ein Gesetz betreffend kantonale Arbeitslosenhilfe (ALHG) einführen. Dieses hat die Förderung der Integration von Personen, die ohne Arbeit, jedoch voll- oder teilleistungsfähig sowie aus- oder weiterbildungsfähig sind. Konkret sollen arbeitsmarktbezogene Massnahmen, Arbeitsplätze und Präventivmassnahmen geschaffen werden. Die Kantonsbehörden lehnen die Initiative ab.**

Der Gesetzesvorschlag regelt die Finanzierung der Projekte für den Aufbau von Massnahme- und Arbeitsplätzen sowie Präventivmassnahmen. Er legt fest, dass die Arbeitslosenhilfe bis zum Ende der Rahmenfrist<sup>2</sup>, jedoch während längstens eines Jahres nach Ausschöpfung der Arbeitslosenentschädigung ausgerichtet werden soll. Diese Taggelder sollen dem Minimaltaggeld der Arbeitslosenversicherung entsprechen und durch den Kanton getragen werden.

Angesichts des bereits bestehenden sozialpolitischen Konzepts des Kantons AG und der angespannten finanziellen Situation haben die Kantonsbehörden auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags verzichtet. Sie empfehlen, die Initiative aus folgenden Gründen abzulehnen:

- Die Situation der Arbeitslosen bzw. Ausgesteuerten, insbesondere der über 50-Jährigen und der Jugendlichen, habe sich in den letzten fünf Jahren nicht in dem Ausmass verschlechtert, wie dies die Initiantinnen und Initianten bei der Lancierung der Initiative vorausgesagt hätten.
- In der Praxis habe sich gezeigt, dass längere Aus- und Weiterbildungsmassnahmen während der Erwerbslosigkeit häufig schwer zu realisieren sind. Was Massnahmen während der Anstellungszeit betrifft, bereite es Probleme, insbesondere geringqualifizierte Personen zu einer Aus- oder Weiterbildung zu motivieren, vor allem, wenn seitens der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers keine Arbeitszeitentlastung gewährt würde.
- Die Zahlung zusätzlicher Taggelder führe nicht zu einer erheblichen Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt, auch wenn diese Arbeitslosenhilfe die betroffenen Arbeitslosen (und partiell auch die kommunale Sozialhilfe) finanziell entlaste.

<sup>2</sup> Vgl. Art. 9 Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 25.06.1982 (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG); SR 837.0.

- Die im Herbst 2015 verabschiedete Sozialplanung schaffe neue Handlungsoptionen, die in der Sozialplanung verankerte Koordination im Sozialbereich, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Arbeitgebenden und die Weiterführung des Projekts «Pforte Arbeitsmarkt» stelle einen effektiveren und realistischeren Weg zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktintegration dar.
- Die Inkraftsetzung des Gesetzesvorschlags würde die Staatskasse mit geschätzten Kosten von jährlich rund CHF 46 Mio. belasten. Diese Mehraufwendungen seien vor dem Hintergrund der erheblichen finanzpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre nicht tragbar.

## 5. Volksinitiative «Chancen für Kinder – Zusammen gegen

Familienarmut»

**NEIN (69.51%)**

Stimmbeteiligung:

**42.17%**

**Zur gezielten Unterstützung von Kindern einkommensschwacher Familien bis zur Beendigung der obligatorischen Schule verlangt die Initiative, die Ausrichtung von Kinderbeihilfen, zusätzlich zu den bereits existierenden Familienzulagen, in der Verfassung des Kantons AG<sup>3</sup> zu verankern. Die Kantonsbehörden lehnen die Initiative ab.**

Um Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen, sollen Familien, deren Einkommen nicht ausreicht, gezielte Kinderbeihilfe erhalten, bis das jüngste Kind die obligatorische Schule abschliesst. Das Initiativkomitee führt aus, dass die stetig steigenden Lebenshaltungskosten für Familien ein immer grösseres Armutsrisiko darstellen. Kinder litten dabei am stärksten, weil sie von Armut in ihrer sozialen und schulischen Entwicklung stark benachteiligt würden.

Das *Initiativkomitee* macht geltend, dass jedes sechste Kind in der Schweiz in Armut lebe oder von Armut betroffen sei. Der Kanton AG stelle hierbei keine Ausnahme dar. Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative argumentieren:

- Kinderbeihilfe sei ein wirksames Instrument zur Armutsbekämpfung: sie diene zur gezielten Hilfe für betroffene Kindern und Familien.
- Kinder aus einkommensschwachen Familien seien besonders gefährdet, später selbst von Armut betroffen zu sein. Mit der Kinderbeihilfe könne dieses Risiko gesenkt werden.
- Die Kinderbeihilfe wäre als Ergänzung der Kinderzulagen an genau definierte Voraussetzungen gebunden. Nur Familien, bei denen der Bedarf ausgewiesen sei, könnten finanziell unterstützt werden.

Die *Kantonsbehörden* empfehlen ihrerseits, die Initiative abzulehnen und führen dazu folgende Gründe an:

- Massnahmen zum Schutz vor familienbedingter Armut seien bereits gestützt auf das heutige Verfassungsrecht möglich. Eine zusätzliche Verfassungsbestimmung sei deshalb unnötig.
- Im Ansatz entspreche die Initiative der im Kanton AG verfolgten Sozialpolitik. Die Initiative beschränke sich auf die Einführung von Kinderbeihilfen, ohne dabei die (Teil-)Erwerbstätigkeit der Eltern beziehungsweise eines Elternteils zu berücksichtigen.
- Die Initiative mache – beispielsweise bei der Anspruchsdauer bis zum vollendeten 16. Altersjahr – inhaltliche Vorgaben, die den Spielraum bei der Umsetzung auf Gesetzesstufe stark einschränken.
- Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestünde im Hinblick auf die äusserst angespannte finanzpolitische Situation des Kantons AG und das Streben nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt kein Raum für die Ausrichtung neuer Sozialleistungen.

<sup>3</sup> Verfassung des Kantons Aargau vom 25.06.1980; SAR 110.000.

Eine *Minderheit im Grossen Rat* befürwortet eine Annahme der Volksinitiative:

- Die sozialpolitische Planung des Kantons AG anerkenne zwar die Existenz und soziale Problematik von einkommensschwachen Familien. Es sei aber kein zeitnahes und gezieltes Handeln erkennbar.
- Trotz zahlreicher Vergünstigungen und finanzieller Entlastungen für Familien sei das Phänomen von als *Working Poor* bezeichneten Personen nach wie vor existent. Die Ratsminderheit unterstützt die Kinderbeihilfe, denn Kinder dürften kein Armutsrisiko sein.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## BS



**1. Grossratsbeschluss vom 13. April 2016 betreffend Änderung der Kantonsverfassung vom 23. März 2005 (Aufhebung des Quorums (Sperrklausel) für die Zuteilung von Sitzen bei der Wahl des Grossen Rates)**

**Stimmbeteiligung:**

**JA (56.87%)**  
**52.85%**

Im vergangenen Jahr hat der Grosse Rat entgegen dem Antrag des Regierungsrates entschieden, die 2011 im Rahmen einer gesamthaften Reform des Wahlsystems eingeführte Vier-Prozent-Sperrklausel (Quorum) wieder abzuschaffen.

Die Zusammensetzung des Grossen Rats wird im Kanton BS im Proporzwahlverfahren bestimmt. Eine Partei erhält dabei in jedem Wahlkreis anteilmässig so viele Sitze zugeteilt, wie sie Stimmen erzielt hat. In BS werden allerdings die Parteien heute nur in jenen Wahlkreisen zur Sitzverteilung zugelassen, in denen sie mindestens vier Prozent der Stimmen erreicht haben. Diese Sperrklausel, das sogenannte *Quorum*, erschwert es kleineren Gruppierungen, ins Kantonsparlament einzuziehen.

### Das sog. natürliche Quorum

Die Kantonsbehörden informieren, dass der vollständigen Umsetzung des Wählerwillens auch ohne Bestehen eines gesetzlichen Quorums Grenzen gesetzt seien. Bei der Wahl des Grossen Rates bestünde eine «natürliche» oder «faktische» Sperrklausel allein schon durch die Teilung des Kantonsgebiets, das in unterschiedlich grosse Wahlkreise unterteilt wird.

So müsse auch bei einer Aufhebung des gesetzlichen Quorums eine Gruppierung im kleinen Wahlkreis Riehen jeweils etwa 3.5 Prozent der Stimmen erlangen, um einen Sitz im Parlament zu erhalten. Im grossen Wahlkreis Grossbasel West seien für einen Sitz hingegen jeweils nur etwa 1.3 Prozent der Stimmen nötig. Im Wahlkreis Bettingen, wo nur ein Parlamentsmitglied gewählt wird, habe das Quorum keine Bedeutung, da der Sitz an diejenige Kandidatin oder denjenigen Kandidaten gehe, der bzw. die am meisten Stimmen erhält.

Um Sitze im kantonalen Parlament zu erlangen musste eine Partei bis 2011 in einem beliebigen

Wahlkreis fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Im Rahmen einer Reform des Wahlrechts änderte der Grosse Rat damals diese Zutrittschürde. Neu konnte eine Gruppierung Sitze erlangen, wenn sie im jeweiligen Wahlkreis mindestens vier Prozent der Stimmen erreichte.

Befürworterinnen und Befürworter der geltenden Lösung führen zu deren Erhaltung insbesondere an, dass das Wahlrecht nicht laufend Änderungen unterzogen werden sollte und die Funktionsfähigkeit des Parlaments gestärkt werden müsse.

Gegnerinnen und Gegner des bestehenden Wahlrechts machen geltend, dass eine Aufhebung des Quorums der bestmöglichen Berücksichtigung des Willens der Wählerinnen und Wähler diene, die politische Risiken einer Parteienzersplitterung gering und ein Effizienzverlust des Grossen Rates kaum zu befürchten seien.

Weil der Grossratsbeschluss eine Änderung der Kantonsverfassung beinhaltet, liegt der endgültige Entscheid bei den Stimmberechtigten.

*Die folgende Tabelle zeigt, wie sich eine Aufhebung des Quorums bei der letzten Wahl des Grossen Rates auf die Sitzverteilung ausgewirkt hätte (Quelle: Abstimmungsbroschüre):*

Liste	Stimmenanteil Grossratswahlen 2016 ganzer Kan- ton (in Prozent)	Sitzverteilung gemäss geltendem Recht <i>mit</i> Quorum 4%	Sitzverteilung gemäss Vorlage <i>ohne</i> Quorum 4%	Auswirkung einer Anpassung als Differenz der Sitze
SP	32.5	34	33	-1
SVP	14.3	15	14	-1
LDP	13.8	14	13	-1
GB	13.4	14	13	-1
FDP	9.2	10	8	-2
CVP	5.9	7	7	0
GLP	4.3	4	5	+1
EVP/BDP (Grossbasel West, Grossbasel Ost, Kleinbasel)	2.6	0	3	+3
EVP (nur Riehen)	1.4	1	1	0
VA	1.0	0	1	+1
AB	0.7	1	1	0
FUK	0.6	0	1	+1
pl	0.3	0	0	0
EDU	0.1	0	0	0

**2. Grossratsbeschluss vom 21. September 2016 betreffend «Kasernenhauptbau:  
Gesamtsanierung und Umbau zum Kultur- und Kreativzentrum»** **JA (61.75%)**  
**Stimmbeteiligung:** **52.85%**

Der Kasernenhauptbau soll durch eine Gesamtsanierung zu einem Kultur- und Kreativzentrum umgebaut und nach Vorstellungen der Kantonsbehörden zu einem attraktiven Ort für das Quartier, für Kulturschaffende, Kreativwirtschaftlerinnen und -wirtschaftler sowie die ganze Bevölkerung Basels werden.

Der Regierungsrat betont, dass das Bauprojekt auf die historische Bausubstanz Rücksicht nehmen und mehrere grosszügige und durchlässige Verbindungen zum Rheinufer geschaffen werden sollen. Das Betriebskonzept für den Kasernenhauptbau beinhalte eine Vielfalt verschiedener Nutzungsmöglichkeiten durch Quartier- und Versammlungsräume, Projekt- und Produktionsräume sowie Gastronomie. Durch ein Modell der Querfinanzierung zwischen kommerziellen und nicht kommerziellen Nutzungen soll sich der künftige Betrieb selbsttragend finanzieren.

Das Referendumskomitee lehnt das Projekt unter anderem wegen der als unnötig erachteten Kosten von CHF 47 Mio., der gemeinnützigen privaten Trägerschaft (befürwortet wird ein staatlich orchestriertes Kulturzentrum) und des als «unklar» bezeichneten Nutzungskonzeptes ab.



Copyright Fockety del Rio Studio

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

**Beschluss des Grossen Rates vom 6. Dezember 2016 betreffend Gewährung eines  
Verpflichtungskredits von brutto 25 Millionen Franken für die Kandidatur  
um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026**

**NEIN (60.09%)**

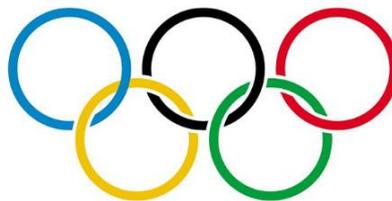
**50.90%**

**Stimmbeteiligung:**

Gemeinsam mit ausserkantonalen Partnern bewirbt sich der Kanton GR um die Durchführung des weltweit grössten Wintersportanlasses. Die Bündner Behörden erblicken in einer Kandidatur grosse Chancen, die Olympischen Spiele als Treiber für eine nachhaltige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung des Kantons zu nutzen.

Nach Ansicht der Kantonsbehörden würde die Bündner Stimmbevölkerung mit einer Zustimmung zum Verpflichtungskredit von brutto CHF 25 Mio. die Kandidatur des Kantons GR legitimieren, so dass bis im Herbst 2019 die notwendigen Mittel bereitgestellt werden könnten.

Das Schweizer Sportparlament entscheidet im April 2017, ob und mit welcher der interessierten Schweizer Regionen eine Bewerbung beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) eingereicht wird.



Sollte das Projekt Graubünden und Partner zum Zuge kommen, planen die Kantonsbehörden die Bündner Stimmbevölkerung voraussichtlich im Herbst 2018 ein zweites Mal zur Abstimmung zu bitten; dabei würde über die definitive Kandidatur und die im Detail geplante Organisation und Durchführung der Winterspiele abgestimmt. Bis dorthin sollen alle notwendigen Entscheidungsgrundlagen vorgelegt und auch bezüglich des Engagements des Bundes und weiterer Partner Klarheit geschaffen werden. Die Kantonsbehörden erwarten, dass sich die effektiven Aufwendungen für den Kanton auf maximal CHF 9 Mio. belaufen.

Der Bundesrat hielt am 02.12.2016 fest, dass die Olympischen Winterspiele eine grosse Chance für Sport, Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz sein können und ist bereit, sich an den Kosten der Winterspiele zu beteiligen.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Kantonale Volksabstimmung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



Initiative législative populaire cantonale « Pour deux hôpitaux sûrs, autonomes et complémentaires »

OUI (52.27%)

et

Contre-projet du Grand Conseil sous forme d'un décret portant approbation de la réorganisation spatiale de l'Hôpital neuchâtelois (Établissement hospitalier multisite cantonal)

Question subsidiaire :

OUI (48.70%)<sup>4</sup>  
Initiative (48.22%)<sup>5</sup>  
42.62%

Participation:

Durant les 11 ans d'existence de l'Hôpital neuchâtelois (HNE), ce ne sont pas moins de six initiatives qui ont été déposées à son sujet. La dernière d'entre elles « Pour deux hôpitaux sûrs, autonomes et complémentaires » propose le retour à des hôpitaux indépendants et comparables dans chacun des deux pôles urbains du canton. Elle a été refusée par le grand Conseil qui a souhaité lui opposer un contreprojet.

L'Hôpital neuchâtelois (HNE) a été créé en 2006 par la fusion de sept hôpitaux publics et privés. Depuis lors, cet établissement cantonal de droit public a fait l'objet de nombreuses discussions sur le plan politique. L'instabilité qui en découle prétérite son fonctionnement et nuit à sa réputation. Les débats portent essentiellement sur la répartition des missions entre ses sites, sur sa gouvernance et sur ses finances. Face à ces constats, le Grand Conseil a récemment décidé de doter l'HNE d'une nouvelle loi d'organisation et d'assainir son bilan financier pour aplanir le passé et consolider ses bases, de façon à lui permettre un nouveau départ.

Simultanément, une initiative législative populaire cantonale intitulée « Pour deux hôpitaux sûrs, autonomes et complémentaires », munie de 7'697 signatures (4'500 étaient requises), a été déposée à la chancellerie d'État le 09.09.2016. Le comité d'initiative demande que le canton de NE assure la présence d'un site hospitalier de soins aigus, associé à un CTR [Centre de Traitement et de Réadaptation], dans *chacune des deux agglomérations du canton*, soit sur le Littoral et dans les Montagnes. Chacun des sites devrait être autonome d'un point de vue financier, décisionnel et stratégique. Les deux hôpitaux devraient travailler en synergie mais comprendre au minimum des urgences médico-chirurgicales 24h/24, un service de médecine avec soins intensifs, un service de chirurgie, des blocs opératoires ouverts 24h/24 et une équipe d'anesthésie disponible en permanence.

Rejetant l'initiative, les autorités cantonales ont élaboré un contreprojet dans un contexte baptisé « HNE-Demain »<sup>6</sup>, qui propose une organisation hospitalière reposant sur:

- *Trois polycliniques*, dans les Montagnes neuchâteloises, à Neuchâtel et au Val-de-Travers, portes d'entrée dans l'HNE et véritables plateformes de santé assurant les prestations les plus courantes et l'accès à l'hôpital pour toutes et tous;
- *Deux sites hospitaliers* principaux conçus comme des pôles de compétences cantonaux et complémentaires, chacun doté de missions spécifiques, l'un en soins aigus à Neuchâtel, et l'autre en réadaptation dans les Montagnes neuchâteloises.

<sup>4</sup> Ce résultat d'apparence étrange est dû à l'existence de 3'244 votes « sans réponse » (soit 5.19%), de sorte que les OUI l'emportent avec « seulement » 48.70% sur les NON qui représentent 46.11%.

<sup>5</sup> Cf. la note précédente avec cette fois 46.20% de NON et 3'483 votes « sans réponse », soit 5.58%.

<sup>6</sup> En voici le site Internet: <<http://www.ne.ch/autorites/DFS/SCSP/HNEdemain/Pages/accueil.aspx>>.

Les soins palliatifs seraient intégrés au site de traitement et de réadaptation dans les Montagnes neuchâteloises. Des activités du Centre neuchâtelois de psychiatrie et d'autres partenaires du secteur de la santé seraient intégrées à chacun de ces pôles de compétences et aux policliniques.

Par ailleurs, le Grand Conseil a autorisé que l'État garantisse un investissement de l'HNE à hauteur de CHF 240 Mio. pour concrétiser cette organisation et a imposé que les travaux du site des Montagnes neuchâteloises débutent avant ceux de Neuchâtel. Cette organisation devrait dégager en parallèle des économies de fonctionnement de l'ordre de CHF 12 Mio. par année.

Pour les initiants, le contre-projet du Conseil d'État implique des investissements colossaux qui dépassent de loin les capacités financières du canton : en cas d'acceptation des CHF 240 Mio. prévus, la dette du canton atteindrait plus de CHF 1.5 Mia., situation qui rendrait impossible tout nouvel investissement pendant plusieurs années. Selon les initiants, il faut oser remettre en cause le modèle proposé d'HNE qui voit chaque année le canton payer près de CHF 70 Mio. de plus que les autres cantons pour son hôpital, dans un contexte budgétaire déjà fragilisé. En outre, le modèle proposé n'améliorerait pas réellement la situation financière, tout en supprimant plus d'une centaine de postes.

## **Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Vot'info](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# SZ



## **1. Volksinitiative «Ja zu einer gerechten Dividendenbesteuerung»**

**NEIN (55.4%)**

**Stimmbeteiligung:**

**45.7%**

Die in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs verfasste Initiative verlangt eine Änderung des kantonalen Steuergesetzes<sup>7</sup> und zielt auf eine höhere Besteuerung von Erträgen aus gewissen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften. Diese sollen neu zu 60% anstelle von derzeit 50% des ordentlichen Steuersatzes besteuert werden.

Das Initiativkomitee argumentiert, mit einer höheren Besteuerung von Dividenden liesse sich eine insgesamt gerechtere und der Finanzkraft des Kantons SZ angepasste Steuerbelastung bei Unternehmen und natürlichen Personen erreichen. Das Anliegen richte sich gegen die für die Sozialwerke schädliche Praxis einiger Unternehmerinnen und Unternehmer, welche sich hohe Dividenden an Stelle eines Lohnes ausbezahlen liessen. Mit den höheren Einnahmen aus der Dividendenbesteuerung soll zudem ein Teil der Belastung durch den Nationalen Finanzausgleich (NFA) gedeckt werden.

Die Initiantinnen und Initianten machen geltend, normale Einkommen und Gewinne aus Wertschriften würden im Kanton SZ voll besteuert. Nur Grossaktionärinnen und Grossaktionäre, die mehr als 10% an einem Unternehmen besitzen, erhielten einen Steuerrabatt von 50%. Das ist nach Ansicht der Befürworterinnen und Befürworter der Initiative ungerecht, da lediglich rund 2'000 Personen, welche jedes Jahr insgesamt über CHF 1 Mia. Einkommen aus Dividenden bezögen, von dieser Regelung profitierten. Diese privilegierte Dividendenbesteuerung hinterliesse zudem ein grosses Loch in der Schwyzer Staatskasse.

<sup>7</sup> Steuergesetz vom 09.02.2000 (StG); SRSZ 172.200.

### **Interkantonale Wettbewerbsfähigkeit**

Die Kantonsbehörden weisen darauf hin, dass zahlreiche umliegende Kantone (LU, OW, SG, ZH und ZG) ebenfalls eine Dividendenbesteuerung im Umfang von 50% vorsähen. In manchen Kantonen (AG und UR) betrage diese sogar nur 40%. Im gegenwärtigen steuerlichen Umfeld würde die von den Initiantinnen und Initianten verlangte Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 60% zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit führen. Für den Zuzug sowie den Verbleib von Unternehmerinnen und Unternehmern sei eine attraktive Besteuerung der Beteiligungserträge ein wichtiger Faktor, was gleichzeitig dem Erhalt von Arbeitsplätzen diene.

Der Regierungsrat und die grosse Mehrheit des Kantonsrats sind der Überzeugung, dass mit der Steuergesetzteilrevision vom 21.05.2014 die Anliegen der Initiative bereits erfüllt worden seien; damals wurde die Besteuerung von 25% auf 50% des ordentlichen Steuersatzes erhöht.

## **2. Volksinitiative «Ja zu einer gerechten Steuerentlastung»**

**NEIN (55.2%)**

**Stimmbeteiligung:**

**45.7%**

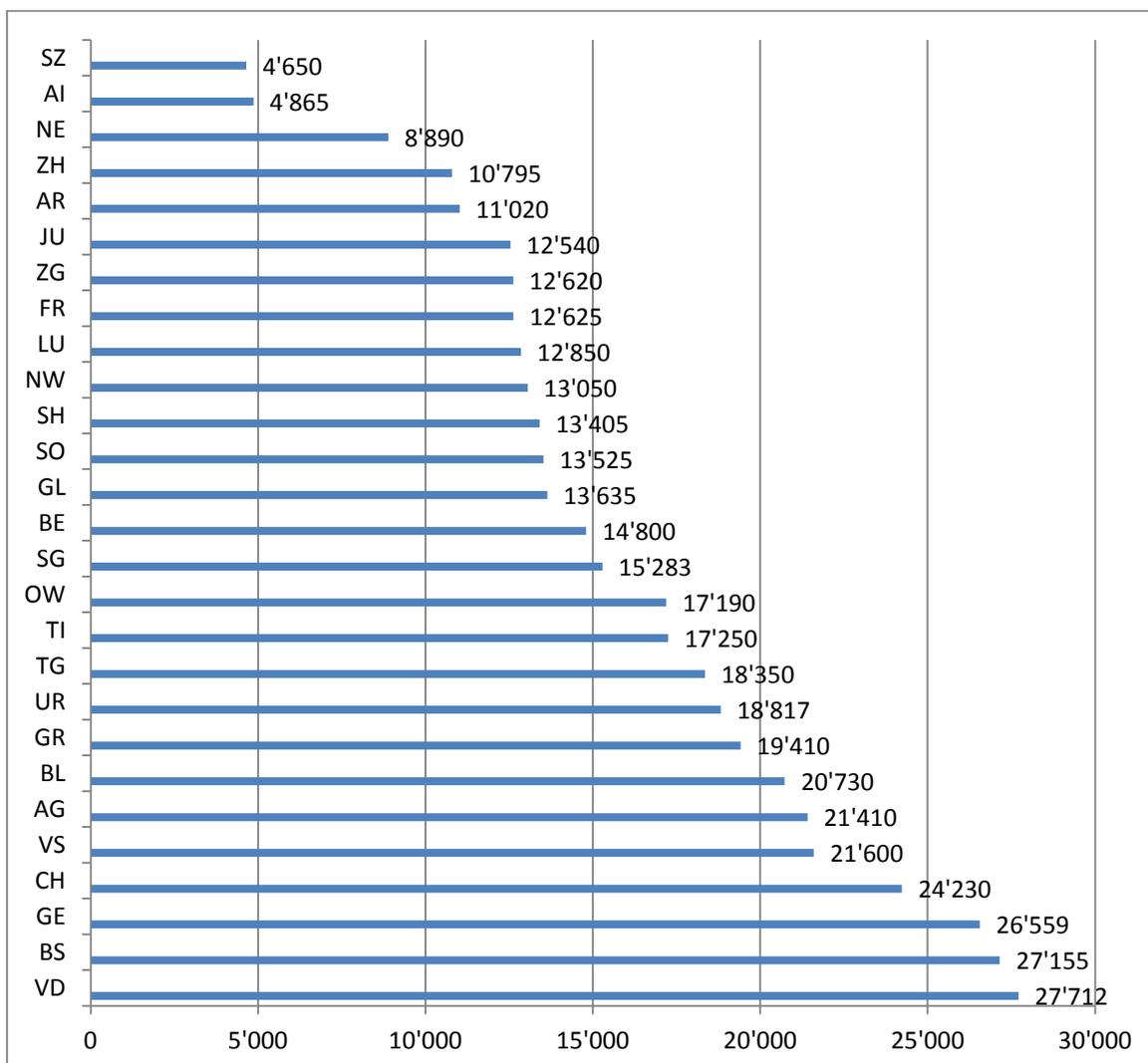
**Die in der Form einer allgemeinen Anregung verfasste Initiative verlangt, die Steuereintrittsschwelle für Alleinstehende auf mindestens CHF 12'000.- anzuheben und jene der übrigen Steuerzahlenden entsprechend anzupassen. Dabei sollen die tiefen und mittleren Einkommen nicht stärker besteuert werden dürfen. Für die Berechnung der Steuereintrittsschwelle sei der Referenzrahmen der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) anzuwenden.**

Mit der Anhebung der Steuereintrittsschwelle für tiefe Einkommen wollen die Initiantinnen und Initianten eine steuerliche Entlastung, insbesondere für Rentnerinnen und Rentner, Alleinstehende, Familien mit Kindern, Lehrlinge sowie Studentinnen und Studenten, erreichen. Ziel sei es, die von den Initiantinnen und Initianten konstatierte steuerliche Ungleichbehandlung zwischen geringverdienenden und wohlhabenden Personen zu beheben, negative Arbeitsanreize zu beseitigen und unnötigen Verwaltungsaufwand beim Steuerbezug und Steuererlass zu vermeiden.

Das Initiativkomitee macht geltend, dass im Kanton SZ bereits bei Einkommen von brutto CHF 4'650.- pro Jahr Einkommenssteuern anfielen. Alle anderen Innerschweizer Kantone erhöhen erst auf Jahreseinkommen von CHF 12'000.- bis CHF 18'000.- Steuern, der Bund sogar erst ab mehr als CHF 24'000.-.

Der Regierungsrat und die grosse Mehrheit des Kantonsrates sind der Überzeugung, dass eine Entlastung unterer Einkommen erst nach der Beseitigung des Kantonshaushaltsdefizits bzw. im Rahmen eines tariflichen Gesamtkonzepts mit entsprechender Gegenfinanzierung geprüft werden kann. Zudem sei es aus staatspolitischen Gründen erstrebenswert, wesentliche Teile der steuerpflichtigen Personen ihren Möglichkeiten entsprechend an der Finanzierung der staatlichen Leistungen zu beteiligen.

Folgende, mit den in der Abstimmungsbroschüre enthaltenen Angaben erstellte, Grafik erlaubt einen Vergleich des Beginns der Steuerpflicht nach Kantonen (Zahlen der Eid. Steuerverwaltung von 2015):



Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Erläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

TI



1. Protezione giuridica degli animali (Introduzione nuova lett. n all'articolo 14 capoverso 1 della Costituzione cantonale)

Partecipazione:

**NO (50.02)**  
44.78%

**Il Gran Consiglio ticinese ha approvato una modifica della Costituzione cantonale volta ad iscrivere la protezione giuridica degli animali tra gli obiettivi sociali.**

**Art. 14 cpv. 1 lett. n (nuova)**

**Il Cantone provvede affinché:**

**n) la protezione giuridica degli animali in quanto esseri viventi dotati di sensibilità sia garantita.**

**Questa modifica scaturisce dall'adozione di un'iniziativa parlamentare che si prefiggeva di recepire sul piano giuridico un'accresciuta sensibilità della nostra società verso il mondo animale.**

Nell'ordinamento giuridico svizzero, un ruolo centrale in materia di protezione degli animali è rivestito dalla Confederazione, in particolare attraverso una norma costituzionale (articolo 80), la legge federale sulla protezione degli animali e numerose norme di applicazione. Inoltre dal 2003 è stato modificato anche lo statuto giuridico degli animali, che non sono più considerati come delle cose (articolo 641a Codice civile).

L'emendamento messo ai voti ha l'obiettivo di adattare anche l'ordinamento giuridico ticinese, riprendendo nella Costituzione cantonale il principio di protezione specifica degli animali già in vigore sul piano federale.

Un certo numero di associazioni si sono opposte alla modifica e hanno presentato i seguenti argomenti :

- In Svizzera, la protezione degli animali è già disciplinata in maniera esauriente mediante una rigorosa (tra le più severe al mondo) tutela della dignità e del benessere degli animali. Pertanto, la modifica sarebbe non necessaria e per di più estrema.
- Per il Governo si tratterebbe solo di una norma di principio, ma dai lavori parlamentari emergerebbe chiaramente la volontà di creare una base legale che consenta di prevedere nuovi divieti e nuovi controlli amministrativi e penali.
- Perseguire gli scopi dell'iniziativa imporebbe di potenziare l'organico amministrativo e giudiziario, vale a dire notevoli costi in un periodo in cui si chiedono sempre più sacrifici ai cittadini.

## **2. Riduzione dei giudici dei provvedimenti coercitivi**

**Partecipazione:**

**SI (53.68)  
44.82%**

**Il 20.09.2016, il Gran Consiglio ha approvato la modifica della Legge sull'organizzazione giudiziaria che prevede la diminuzione da quattro a tre del numero di giudici dei provvedimenti coercitivi.**

Con l'entrata in vigore il 01.01.2011 del Codice di diritto processuale penale svizzero, il Gran Consiglio aveva deciso di unire le competenze in materia di provvedimenti coercitivi con quelle in materia di applicazione della pena, accorpando gli allora tre giudici dei provvedimenti coercitivi con quello dell'applicazione della pena.

Dopo cinque anni di attività, e visto in particolare il bilancio positivo dell'attività svolta dai giudici appartenenti all'Ufficio, il Consiglio di Stato ha proposto al Gran Consiglio la diminuzione di un giudice dell'Ufficio del giudice dei provvedimenti coercitivi per un risparmio annuale pari a CHF 256'000.-. Una misura che si inserisce nella manovra di risanamento delle finanze cantonali, volta a migliorare lo stato di salute dei conti pubblici e a perseguire il pareggio di bilancio entro il 2019.

Il Parlamento ha approvato la proposta del Governo, indicando che questa diminuzione dovrà essere compensata mediante l'attribuzione di un giurista interno all'Amministrazione cantonale, senza quindi un aumento complessivo del personale impiegato.

Un Comitato referendario è d'opinione completamente diversa. Tra i principali argomenti si possono citare :

- I giudici dei provvedimenti coercitivi sono incaricati di prendere decisioni in ambiti particolarmente delicati, e per questa ragione sarebbe necessario di proteggere la qualità del sistema giudiziario.
- Ridurre il numero dei giudici comporterebbe uno scadimento della qualità delle decisioni, che sono chiamati a prendere in modo celere, 7 giorni su 7. Significherebbe un peggioramento della qualità delle decisioni.
- La riduzione del numero dei giudici sarebbe inoltre infondata, perchè in netto contrasto con la decisione del Gran Consiglio del 2010, che ha delegato all'Ufficio del giudice dei provvedimenti coercitivi anche le decisioni in materia di applicazione della pena, con risultati da tutti ritenuti positivi.

### 3. Finanziamento delle prestazioni di assistenza e cura a domicilio

**NO (51.29%)**  
**44.86%**

#### Partecipazione:

**La revisione di Legge in votazione si prefigge di contenere l'onere finanziario per Cantone (20%) e Comuni (80%) nel settore dei Servizi di assistenza e cura a domicilio (SACD) per un importo pari a CHF 2.5 Mio. Tale riduzione, che si reputa possa venir attuata dagli stessi operatori del settore, deve essere concretizzata entro il 2019 attraverso misure di razionalizzazione della spesa. Qualora la razionalizzazione della spesa non fosse integralmente realizzata da parte dei SACD, verrebbe introdotta, come in altri Cantoni, una contenuta partecipazione da parte dell'utente di questi servizi, oggi erogati gratuitamente.**

Il settore dell'assistenza e cura a domicilio ha conosciuto negli anni uno sviluppo significativo sul territorio in termini di volume delle prestazioni fornite (+21% dal 2011 al 2015), che si è tradotto in un'importante crescita del finanziamento residuo a carico dell'ente pubblico (+11%). Per questo motivo il Gran Consiglio – con l'accordo del Governo – ha proposto, nell'ambito del Pacchetto per il riequilibrio delle finanze cantonali da oltre CHF 180 Mio., una misura di contenimento dei costi anche in questo settore.

Un Comitato referendario invita a votare NO al peggioramento dei Servizi di assistenza e cura a domicilio per non intaccare la qualità dei servizi a domicilio per gli anziani, gli invalidi e le famiglie. Si oppone pure all'eventuale introduzione nel 2019 di una tassa giornaliera, che penalizzerebbe finanziariamente molti di loro.

Per di più, non vi sarebbe dubbio che la riduzione delle spese dei Servizi di assistenza e cura a domicilio, che permettono a molte persone bisognose di restare a casa propria invece che in casa per anziani o in istituto, si ripercuoterebbe inevitabilmente sugli utenti e sul personale di cura.

Infine, il referendum vuole ostacolare le numerose riduzioni dei finanziamenti cantonali e comunali in ambito sanitario, sociale e scolastico. Tra il 2006 e il 2016 il Governo e il Parlamento hanno deciso di effettuare ben 61 tagli finanziari sui servizi sanitari, sociali e scolastici, con un impatto totale di oltre CHF 120 Mio. annui.

#### 4. Soglie per alcune prestazioni sociali

SI (60.51%)  
44.81%

##### Partecipazione:

La revisione di Legge in votazione<sup>8</sup> si prefigge di disciplinare più equamente l'erogazione delle prestazioni sociali cantonali, in funzione del numero di membri della famiglia. Dal 01.01.2017 le soglie d'accesso alle prestazioni aumenteranno con una progressione meglio corrispondente all'effettiva evoluzione del fabbisogno a dipendenza del numero delle persone che compongono l'economia domestica.

Per le persone sole gli importi comunque non cambiano.

Per le famiglie, l'importo per il primo genitore rimane immutato, quello per il secondo membro è ridotto di poco, mentre la diminuzione è progressiva a partire dal terzo componente della famiglia.

Con questa modifica le nuove soglie d'intervento rimanerebbero mediamente ancora superiori del 30% a quella delle prestazioni assistenziali generalmente erogate negli altri Cantoni. Per le famiglie con redditi più bassi l'importo previsto come assegno familiare integrativo rimanerebbe invariato.

Questa revisione costituirebbe anche una prima importante tappa verso un riorientamento della politica familiare del Cantone TI. Attraverso la riallocazione di oltre CHF 3.3 Mio. derivati dalla modifica di Legge, sarebbero infatti implementate misure volte a favorire la conciliazione famiglia-lavoro, l'autonomia finanziaria delle famiglie e la creazione di condizioni quadro favorevoli nel mondo lavorativo.

La riforma permetterebbe di reinvestire CHF 3.3 Mio. in tre nuove misure di politica familiare:

- estensione dell'assegno di prima infanzia fino ai 4 anni di età dei figli che non possono ancora accedere alla scuola dell'infanzia (CHF 0.3 Mio.);
- introduzione a titolo sperimentale dell'inserimento socioprofessionale dei beneficiari di assegni integrativi e di prima infanzia (CHF 0.2 Mio.);
- rafforzamento del sistema di sussidiamento delle attività di accoglienza complementari alle famiglie (CHF 2.8 Mio.).

Un Comitato referendario si oppone alla modificazione legislativa e propone numerosi argomenti.

Con le modifiche adottate dalla Legge sull'armonizzazione e il coordinamento delle prestazioni sociali molte famiglie sarebbero escluse dal beneficio degli assegni complementari per i figli (assegni integrativi per i figli e assegni di prima infanzia), mentre l'assegno sarebbe sensibilmente ridotto per quelle non escluse dalla modifica della Legge.

Ora, numerose famiglie sono in difficoltà a causa dell'incessante aumento del costo degli affitti, dei premi di cassa malati come pure dalla costante erosione dei salari. Ridurre le prestazioni sociali pregiudicherebbe la possibilità di una vita dignitosa per genitori e figli.

Durante gli ultimi anni, mentre la ricchezza complessiva è aumentata, il potere d'acquisto delle famiglie del ceto medio è diminuito, di conseguenza sarebbe indispensabile preservare delle prestazioni sociali adeguate ai bisogni.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Opuscolo informativo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

<sup>8</sup> Legge sull'armonizzazione e il coordinamento delle prestazioni sociali del 05.06.2000; RL 6.4.1.2.



**Gegenvorschlag des Grossen Rates zur Volksinitiative «Ja zu einer intakten Thurgauer Kulturlandschaft» (Änderung von § 77 der Kantonsverfassung)**

**JA (80.72%)**  
**40.5%**

**Stimmbeteiligung:**

**Mittels dieser Vorlage sollen die Grundsätze eines sparsamen Umgangs mit dem Boden sowie der hochwertigen Siedlungsentwicklung in der Verfassung des Kantons TG verankert werden.**

Am 08.07.2015 wurden die beiden kantonalen Volksinitiativen «Ja zu einer intakten Thurgauer Kulturlandschaft» (Verfassungs- und Gesetzesinitiative) eingereicht. Der Grosse Rat lehnte beide Initiativen ab, stimmte aber zwei Gegenvorschlägen zu. Die Initiantinnen und Initianten zogen daraufhin ihre Initiativen zugunsten der Gegenvorschläge zurück.

Am 12.02.2017 wird über jenen Gegenvorschlag abgestimmt, der die *Verfassung* betrifft. Zweck dieser Initiative ist es, die Grundsätze der haushälterischen Bodennutzung und einer qualitativ hochstehenden Siedlungsentwicklung und -erneuerung in der Kantonsverfassung festzuschreiben. Nach Ansicht der Kantonsbehörden fänden die eingangs erwähnten Grundsätze heute überwiegend Zustimmung und seien bereits im Bundesrecht verankert. Aus diesem Grund seien sie bei der Behandlung im Grossen Rat weitgehend unbestritten gewesen.

Die **Verfassungsinitiative** hatte folgenden Wortlaut:  
«Die Verfassung des Kantons Thurgau vom 16. März 1987 (RB 101) wird wie folgt ergänzt:

Der **Gegenvorschlag** zur Verfassungsinitiative (§ 77) wurde vom Grossen Rat mit 110 zu 10 Stimmen angenommen und lautet wie folgt (*Neuerungen kursiv*) :

§ 77 (*Ergänzungen kursiv*) :

Randtitel	Raumplanung, Bauwesen	Randtitel	Raumplanung, Bauwesen
Absatz 1	Kanton und Gemeinden ordnen <i>die zweckmässige und haushälterische</i> Nutzung und Überbauung des Bodens.	Absatz 1	Kanton und Gemeinden ordnen <i>die zweckmässige und haushälterische</i> Nutzung und Überbauung des Bodens.
Absatz 2	<i>Sie sorgen für die Erhaltung und den Schutz des Nichtsiedlungsgebietes.</i>	Absatz 2	<i>Sie sorgen für die Erhaltung des Nichtsiedlungsgebietes.</i>
Absatz 3	<i>Sie treffen Massnahmen für eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen und zur Stärkung der Siedlungserneuerung.</i>	Absatz 3	<i>Sie treffen Massnahmen für eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen und zur Stärkung der Siedlungserneuerung.</i>
Absatz 4	Sie können Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus treffen.»	Absatz 4	Sie können Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus treffen.

Die Behörden des Kantons TG weisen darauf hin, dass sich der vorliegende Gegenvorschlag des Grossen Rates lediglich durch die Weglassung des Passus «[...] und den Schutz [...]» im neuen Absatz 2 von § 77 KV vom Initiativtext unterscheidet. Der in der ursprünglichen Initiative enthaltene Auftrag zum Schutz des Nichtsiedlungsgebiets geht ihrer Ansicht nach zu weit. Ebenso sei der konkrete Gehalt

dieser Forderung unklar, sodass als unnötig erachtete Einschränkungen für die Landwirtschaft befürchtet werden.

Warum eine Abstimmung? Mit Schreiben vom 31.08.2016 zog das Initiativkomitee die Verfassungsinitiative zu Gunsten des Gegenvorschlags des Grossen Rates zurück. Der Gegenvorschlag zur Verfassungsinitiative untersteht gemäss § 95 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV) der obligatorischen Volksabstimmung.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Botschaft Kulturlandinitiative](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

**VD**



**Loi du 10 mai 2016 sur la préservation et la promotion du parc locatif (LPPPL)**

**OUI (55.5%)**  
**48.34%**

**Participation:**

**Cette loi a pour but de lutter contre la pénurie de logements en soutenant la construction de nouveaux logements qui correspondent aux besoins de la population (*promotion* du parc locatif) et en conservant sur le marché des logements loués à des loyers appropriés (*préservation* du parc locatif).**

De nombreuses communes vaudoises sont préoccupées par le fait que le niveau des prix des loyers sur leur territoire, provoqués notamment par une surenchère sur le prix des terrains, ne permet pas à toute une partie de leur population d'accéder au logement qui leur est nécessaire. Cela concerne notamment les jeunes qui quittent la maison familiale, mais cela touche également les personnes dont les circonstances de vie nécessiteraient un changement de logement (divorce, naissance ou départ des enfants, handicap, vieillissement, etc.)

Face à ce constat, l'Asloca-Vaud a déposé en août 2011 une initiative « Stop à la pénurie de logement » demandant que les communes puissent acheter ou exproprier des terrains nécessaires à la réalisation de logements à loyer modéré. Bien que favorable à une politique de promotion du logement d'utilité publique, le Conseil d'État a considéré que l'initiative était à la fois excessive et incomplète et il a décidé de lui opposer un contre-projet.

Les débats au Grand Conseil ont finalement débouché sur la proposition de *rassembler dans une seule loi différentes législations* en matière de logement tout en créant de nouveaux outils pour lutter contre la pénurie. Ainsi, la nouvelle loi sur la préservation et la promotion du parc locatif (LPPPL ou L3PL) protège les logements bon marché existants et encourage la construction de logements financièrement accessibles à la majorité de la population.

L'Asloca-Vaud a dès lors décidé de retirer son initiative le 27.05.2016. En revanche, un comité référendaire s'opposant à la LPPPL a recueilli 14'535 signatures, validant ainsi le référendum faisant l'objet de la présente votation.

Le nouveau dispositif légal définit un cadre à respecter et met à disposition des communes des outils permettant à celles qui le souhaitent d'orienter le type d'offre en logement, sans nécessairement impliquer des financements publics. Voici un rapide aperçu des principales nouveautés :

#### *Promotion du parc locatif*

- Création de logements à loyer abordable pour la classe moyenne, sans subvention publique ;
- Possibilité pour les communes de fixer un quota de logements d'utilité publique (LUP) dans les nouveaux plans d'affectation ;
- Bonus pour les propriétaires qui construisent des LUP ;
- En cas de pénurie élevée, les communes bénéficient, sous certaines conditions, d'un droit de préemption pour acquérir un terrain dans le but exclusif de construire des LUP.

#### *Droit de préemption*

- Ne s'exerce que sur des terrains mis en vente (pas d'expropriation) ;
- Ne s'applique pas aux parts de PPE et ne concerne qu'un nombre restreint de ventes (moins de 15% en 2015) ;
- Préserve les intérêts familiaux ;
- Devient caduc si la commune y renonce préalablement.

#### *Protection du parc locatif*

- Encouragement des travaux d'assainissement énergétique ;
- Soutien à la création de logements dans des bureaux ;
- Meilleure information aux locataires avant des travaux d'importance ;
- Procédure simplifiée pour les logements isolés dans un immeuble locatif ;
- Application limitée aux districts où le taux de logements vacants est inférieur à 1.5% (moyenne sur 3 ans).
- Allègement de certaines conditions lorsque la pénurie est moindre (>1%)

Le Comité référendaire ne partage pas du tout l'opinion des autorités vaudoises. A ses yeux, la LPPPL ne permettrait de construire *aucun logement de plus*, puisque la pénurie de logements ne serait pas due au manque de parcelles pour construire, mais à la complexité des règlements et à la lenteur des procédures administratives.

De ce point de vue, la LPPPL créerait de *grandes complications*. Ainsi, le droit de préemption prévu par la loi (et qui s'appliquerait dans 61 communes représentant 60% de la population vaudoise<sup>9</sup>), permettrait aux communes et, cas échéant, à l'État de s'approprier, à la place de l'acheteur choisi par le propriétaire, les terrains, les maisons et les immeubles qui sont mis en vente dans les zones à bâtir.

Comme la LPPPL *supprime le droit de rénover un immeuble* lorsque les travaux permettraient d'améliorer le confort des logements loués (par exemple en introduisant un ascenseur) ou d'en faciliter l'accès aux personnes handicapées, cela rendrait vétuste le parc de logements et menacerait l'emploi dans les PME du secteur de la construction.

Finalement, le propriétaire qui souhaite vendre son terrain, sa maison, son immeuble, devrait annoncer son intention à la commune, qui devrait alors décider, dans un délai de 40 jours, si elle veut acquérir le bien. Si elle y renonce, elle pourrait céder son droit d'acquisition à l'État qui aurait 20 jours pour décider s'il veut acquérir le bien. Une procédure aussi complexe devrait être appliquée plusieurs milliers de fois chaque année.

---

<sup>9</sup> La liste de ces 61 communes se trouve sur le site : <[www.non-lpppl.ch](http://www.non-lpppl.ch)>.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)